

Analyse & Debatte



Die Insel wirkt eher karg - doch für Steueroptimierer ist sie ein Paradies: Port Erin, Isle of Man. Foto: Mark Fairhurst (Keystone)

Zeit, aufzuwachen

Die Schweiz muss aus den Paradise Papers Lehren ziehen. Doch bisher hat der Bundesrat geschlafen. *Ein Leitartikel von Arthur Rutishauser*

Seit einer Woche machen die Paradise Papers Schlagzeilen. Im «Tages-Anzeiger» ebenso wie bei einem weltweiten Verbund von Zeitungen und TV-Stationen. Im Visier der Recherchen: eine Offshore-Kanzlei namens Appleby.

Deren Anwälte errichten für Konzerne und Multimillionäre rund um den Globus hochkomplexe Firmenstrukturen, damit ihre illustre Kundschaft möglichst wenig oder noch besser: gar keine Steuern bezahlen muss. Dies alles gegen ein fürstliches Honorar, versteht sich.

Pech für die Kanzlei, dass sie über 6 Millionen Dokumente verloren hat. Monatlang arbeiteten sich unsere Rechercheure durch Verträge, E-Mails und Excel-Tabellen - zusammen mit fast 400 Kollegen aus über 60 Ländern.

Warum tun wir das? Was rechtfertigt den gigantischen Aufwand in Zeiten knapper Redaktionsbudgets? Ist das Effekthascherei oder Qualitätsjournalismus, der Missstände aufzeigt? Ich bin von Letzterem überzeugt, und zwar aus zwei Gründen, die ich hier aufzeigen möchte:

Eines der aufschlussreichsten Dokumente aus den Paradise Papers ist eine E-Mail von Anwälten des wertvollsten Konzerns der Welt: Apple. Der Tech-Riese, der grad jetzt mit seinen neuen iPhones Rekordgewinne einstreicht, wollte, dass ihm Appleby ein paar neue Briefkastenfirmen gründet, am besten auf einer Insel mit Steuersatz null.

Paradiesische Steuerquote

«Ist es möglich, eine offizielle Bestätigung der Steuerbefreiung zu erhalten, und kostet das was?», fragten die Anwälte von Apple nach. Im letzten Geschäftsjahr hat Apple auf Gewinne von 44,7 Milliarden Dollar ausserhalb der USA nur 1,7 Milliarden Dollar Steuern bezahlt - eine paradiesische Steuerquote von 3,7 Prozent.

Apple ist beim Sparen nicht allein. Dank findiger Berater auf den Bermudas und in Holland schaffte es der Turnschuhkönig Nike, seine Steuerrate auf 13,2 Prozent des Gewinns zu drücken. Zum Vergleich: Der Schweizer Konzern Nestlé bezahlte jüngst 35,2 Prozent. Apple, Nike - genauso wie Amazon, Google, Starbucks, Uber und viele andere vermeiden dank Offshore-Konstrukten Steuern im Umfang von 240 Milliarden Franken, sagt die OECD.

Apple und Nike sagen zu Recht, das sei alles legal. Darüber kann man sich empören und auf all die Strassen verweisen, die man dafür bauen, oder auf all die Lehrer, die man mit dem Geld einstellen könnte. Doch das Problem geht tiefer: Es sind nur Weltkonzerne oder superreiche «High Net Worth Individuals», die sich Dienstleistungen von Anwaltskanzleien wie Appleby leisten können. Die Steuereinsparungen müssen ja den Aufwand für die Karibikanwälte aufwiegen. Das heisst: Wenn Herr Meier einen Buchladen hat, dann muss er auf jeden Franken Gewinn Steuern zahlen. Wenn Amazon in der Schweiz über ihre Onlineplattform Bücher verkauft, dann wird ihr Profit kaum besteuert. Damit haben die Grosskonzerne einen Wettbewerbsvorteil, mit dem sie die Kleinen vom Markt verdrängen. Und dies ganz legal.

Schweigemauer in der Karibik

Kommenden Januar wird die Schweiz den automatischen Informationsaustausch starten und das Bankgeheimnis gegenüber vielen ausländischen Staaten de facto aufheben.

Die Paradise Papers zeigen, dass heute nicht das Schweizer Bankgeheimnis Steuervermeidung begünstigt, sondern die Schweigemauern der Steuerparadiese in der Karibik. Es wird Zeit, dass unsere Regierung das merkt. Wo bleibt der Furor von Finanzminister Ueli Maurer?

Der zweite Recherche-Schwerpunkt in den Paradise Papers zeigt, wie bei Geschäften mit Ländern wie Angola, Kongo oder Nigeria - die

«Wo bleibt der Furor von Finanzminister Ueli Maurer?»



Arthur Rutishauser
Chefredaktor

alle mit Korruption und Vetternwirtschaft kämpfen - Hunderte Millionen Dollar über vollkommen undurchsichtige Firmen fliessen. Involviert waren darin Schweizer Manager und Firmen. Die Verträge, Protokolle und E-Mails, die dank den Paradise Papers erstmals öffentlich werden, zeigen nun in aller Deutlichkeit, welche enormen Risiken die Schweizer Akteure hier eingingen - auch wenn sie das bislang einfach abstritten.

Glencores CEO Ivan Glasenberg etwa tat 2013 in einem Interview mit der «Sonntags-Zeitung» Korruptionsvorwürfe als «leere Behauptungen» ab. «Niemand liefert Beweise. Ich kann auch behaupten, Sie hätten diese oder jene Tat begangen. Ich kämpfe gegen Korruption. Da gibt es bei Glencore null Toleranz», behauptete er.

Viele zweifelten. Die UNO, die Weltbank, das kongolesische Parlament und der spätere CS-Chef Thiam schlugen damals schon Alarm wegen Glencores Geschäftspartner im Kongo.

Dank der Paradise Papers wissen wir nun, dass Glencore die oben erwähnten Geschäftspartner für sich über Lizenzen verhandeln liess, deren Preis plötzlich um Hunderte Millionen Dollar sanken. Warum, lässt sich nur erahnen.

US-Staatsanwälte müssen es richten

Wie bei den Grossbanken mussten sich auch bei Glencore US-Staatsanwälte einschalten, damit der Konzern seine heiklen Geschäfte aufgab. Dank der Paradise Papers wissen wir nun, dass auch andere Schweizer Rohstofffirmen in Afrika grosse Risiken eingegangen sind - und nicht nur sie.

Der schweizerisch-angolanische Geschäftsmann Jean-Claude Bastos erhielt den Job, Angolas Staatsfonds zu verwalten. Er ist freundschaftlich verbunden mit dem Sohn des langjährigen Präsidenten. Über 40 Millionen Franken zog Bastos alleine 2014/15 als Dividenden aus dem Fonds. Das Geld kommt aus einem Land, wo jeder Dollar zählt.

Die Folgen solcher Geschäfte: ein gewaltiges Reputationsrisiko für unser Land. Das ist der zweite Grund, warum die Recherchen wichtig sind. Die Schweiz riskiert ein ähnliches Debakel wie beim Bankgeheimnis, wenn sich da nichts ändert. Auch hier wird es Zeit, dass unsere Regierung das merkt.

Gastbeitrag Martin Schlumpf über 25 Jahre Kampf gegen die globale Erwärmung.

Traurige Bilanz der Klimapolitik

In der Berichterstattung über die gegenwärtig in Bonn stattfindende 23. UNO-Klimakonferenz wird viel über Prozesse der Konsensfindung und Verhandlungstaktiken geschrieben. Was aber fehlt, ist ein Faktencheck: Wie erfolgreich sind die Bemühungen der UNO seit der ersten Konferenz in Rio 1992? Leider nicht sehr.

Das Kernthema globaler Klimapolitik ist die Dekarbonisierung, also der geforderte Ausstieg aus den fossilen Energien. Er soll eine Klimakatastrophe verhindern. Die erste Frage lautet deshalb: Wie sieht das Verhältnis von fossiler zu nicht fossiler Energie heute aus, und wie hat es sich in letzter Zeit entwickelt? Selbstverständlich muss man dabei den gesamten Weltenergieverbrauch ins Auge fassen. Im Jahr 2015 war dieses Verhältnis nach BP-Statistik 14 Prozent nicht fossil zu 86 Prozent fossil.

25 Jahre früher, zu Beginn der UNO-Klimakonferenzen, betrug der nicht fossile Anteil 12 Prozent. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts mit 22 Klimakonferenzen konnte der Anteil von Kohle, Öl und Gas weltweit also nur von 88 auf 86 Prozent gesenkt werden. Das zeigt einerseits, wie langsam das Tempo der Veränderung in Richtung Zukunft ohne Fossile bisher war. Und andererseits folgt aus der Tatsache, dass heute erst 14 Prozent des Weltenergieverbrauchs aus nicht fossilen Quellen stammen, wie weit wir immer noch von einem aus Klimaschutzgründen geforderten Ziel von mindestens 90 Prozent entfernt sind.

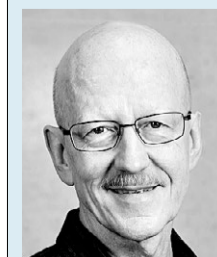
Der Eindruck täuscht

Die Ernüchterung steigert sich noch, wenn wir diese 14 Prozent genauer unter die Lupe nehmen. Sie setzen sich aus 7 Prozent Wasserkraft, 4,5 Prozent Kernkraft und 2,5 Prozent übrige Erneuerbare zusammen. Da die Wasserkraft schon seit über 100 Jahren verwendet wird und die Kernkraft höchst umstritten ist, setzen die meisten Umweltschützer ihre Hoffnungen in den raschen Ausbau der neuen Erneuerbaren: Biomasse, Wind und Sonne.

So stösst man in den Medien immer wieder auf Meldungen, die von hohen Zuwachsraten bei Wind und Sonne berichten, die es in einzelnen Ländern auch tatsächlich gibt. Für das Gesamtbild sind sie aber oft irreführend, weil auch beträchtliche prozentuale Zunahmen von geringen Ausgangsmengen noch nichts Grosses ergeben. Oft geht es auch nur um installierte Leistung und nicht um realen Ertrag.

Die zweite Frage lautet deshalb: Wie gross ist der Ausbau der fossilen Energieträger in den letzten 25 Jahren in absoluten Zahlen, verglichen mit demjenigen der neuen Erneuerbaren? Wiederum laut BP-Statistik betrug im Jahr 2015 der Mehrverbrauch von Kohle, Öl und Gas gegenüber 1990 4089 Millionen Tonnen Öläquivalent, die neuen Erneuerbaren verzeichneten einen Zuwachs von 340 Millionen Tonnen. Mit anderen Worten: In dieser Zeitspanne ist der Verbrauch fossiler Energieträger 12-mal mehr gestiegen als derjenige der neuen Erneuerbaren.

Trotz 25 Jahren UNO-Klimapolitik sind also noch immer 86 Prozent der Weltenergie fossil, dieser Anteil hat sich kaum verändert. Und die neuen Erneuerbaren, die gut 2 Prozent beitragen, sind in dieser Zeit 12-mal weniger ausgebaut worden als die Fossilen. Diese Zahlen zeigen, wie sehr unser heutiger Wohlstand noch immer ganz entscheidend von fossilen Energiequellen abhängig ist. Und wenn man bedenkt, dass in Indien der Pro-Kopf-Energieverbrauch heute noch vergleichsweise niedrig ist, von Subsahara-Afrika gar nicht zu sprechen, so wird rasch klar, dass der Weg in eine Zukunft ohne fossile Energie noch für mehrere Jahrzehnte eine gewaltige Herausforderung darstellen wird. Es erstaunt deshalb nicht, dass viele Kommentatoren und Klimaaktivisten diese unangenehmen Tatsachen lieber verschweigen.



Martin Schlumpf

Der pensionierte Professor für Musiktheorie und Improvisation an der Zürcher Hochschule der Künste publiziert auf seinem Blog www.schlumpf-argumente.ch Recherchen zu politischen Themen.